



LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN  
Baden-Württemberg

**PRESSEMITTEILUNG**

**30. April 2014**

**CDU-Juristen gegen unzulässige Einflussnahme der Politik auf die Justiz - Landesvorsitzender Dr. Alexander Ganter: „Die Unabhängigkeit unserer Justiz ist ein hohes Gut. Der LACDJ erwartet, dass sich Mitglieder der Regierungsfractionen jeder unzulässigen Einflussnahme enthalten.“**

Allen Versuchen von Seiten verschiedener Mitglieder der Regierungsfractionen, Einfluss auf die Justiz im Land zu nehmen, erteilt der Landesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen Baden-Württemberg eine klare Absage.

Zuletzt war bekannt geworden, dass sowohl die stellvertretende Landtagspräsidentin Lösch als auch der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion im Landtag Sckerl mehrfach in den Jahren 2011 und 2012 durch Schreiben an den Justizminister versucht haben, in das operative Geschäft der Staatsanwaltschaft einzugreifen und einen offenbar als unangenehm empfundenen Vertreter der Staatsanwaltschaft von seiner Aufgabe abzuziehen.

„Hier wurde von Seiten führender Kräfte der Grünen Landtagsfraktion erheblicher politischer Druck aufgebaut. Die Unterstellung einer Befangenheit der Staatsanwalt-

schaft in Verfahren zum sog. „Schwarzen Donnerstag“ hat sich durch Äußerungen der GRÜNEN in den Medien, Behauptungen in den Ausschüssen, durch Anträge auf Versetzung und Änderungen der Zuständigkeit bei der Staatsanwaltschaft und konkrete Befangenheitsrügen weiter manifestiert. Der betroffene Staatsanwalt ist mittlerweile freiwillig in den Ruhestand gegangen.

Im Oktober 2011 hatte sich die Grünen-Abgeordnete Lösch in ihrer Eigenschaft als „Erste stellvertretende Präsidentin“ des Landtags in sehr deutlicher Weise in das Ermittlungsverfahren gegen einen Gegner von Stuttgart 21 eingeschaltet. Sie unterstellte der Staatsanwaltschaft, diese wolle „kurz vor der Volksabstimmung“ versuchen, „die Gegnerinnen und Gegner von Stuttgart 21 in ein schlechtes Bild rücken und kriminalisieren“. Das Ermittlungsverfahren wurde später eingestellt.

„Wichtig ist uns festzuhalten, dass die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Land hervorragende Arbeit leisten. Das öffentliche Ansehen der Staatsanwaltschaft als objektiver und unabhängiger Behörde ist für die Akzeptanz und das Vertrauen in die Justiz grundlegend,“ so Dr. Ganter weiter. Für sehr bemerkenswert halten die CDU-Juristen in diesem Zusammenhang die Äußerung des Grünen-Abgeordneten Sckerl, dass es für die Grünen aufgrund des Wählerauftrags angezeigt ist, in staatsanwaltschaftliche Verfahren einzugreifen, wenn diese ihrer Ansicht nach nicht verhältnismäßig sind.

"Dies ist mit einem zentralen Grundsatz unserer Verfassung, der Unabhängigkeit der Justiz, in eklatanter Weise unvereinbar,“ so Dr. Ganter abschließend.

*Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.*